

Der Abbau der Zentralen.

Die Debatte über die Abschaffung der Zentralen wurde gestern zu Ende geführt. Die Nationalversammlung nahm den Resolutionsantrag des Ausschusses für Handel und Industrie betreffend den schleunigen Abbau der Zentralen an. Zu diesem Gegenstande sprachen gestern noch Abgeordneter Buchinger, der die Tätigkeit der Zentralen vom Standpunkte der Landwirtschaft kritisierte und den Sekretär des ehemaligen Direktors der Kriegsgetreideverlehrsanstalt Buchs be- schuldigte, daß er als leitender Beamter an Schiebereien beteiligt war. Annähernd im selben Sinne sprach der zweite Redner, Abgeordneter Thanner, der sich über die schlechte Behandlung des Bauernstandes in der Republik beklagte. Zum Schluß führte der zum Generalredner gewählte Abg. Pawlik aus: Unsere gesamte Volkswirtschaft liegt darnieder, Hunderttausende von Arbeitern sind beschäftigungslos, Zehntausende von kaufmännischen Angestellten, die die staatlichen Unterhaltsbeiträge in Anspruch nehmen und Tausende von intelligenten kaufmännischen Kräften sind infolge der zentralen Bewirtschaftung zur Untätigkeit verurteilt, Kräfte, die durch ihre Beziehungen zu den Nachbarstaaten, zum neutralen Auslande und zu den Ueberseeländern in der Lage wären, die zur Wiederaufrichtung unseres Gewerbes und unserer Industrie nötigen Rohstoffe zu vermitteln. Niemand wird der Meinung sein, daß Geschäfte dauernd von Regierung zu Regierung gemacht und daß die Einfuhr durch eine staatliche Kontrolle stets wird geregelt werden können. Es war immer der Handel, der völkerverstöhnend gewirkt hat, und der Kaufmann wird der erste sein, der die Beziehungen zu den anderen Staaten wird aufnehmen können. Der Handel in Uebersee wird den Ueberfluß an Rohstoffen dem deutsch-österreichischen Kaufmann, mit dem er schon früher in Geschäftsverbindung stand, gerne auf Kredit überlassen. Gerade der Handel wird

trachten müssen, das Erwerbs- und Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen und die Stadt Wien zur Blüte zu bringen. (Beifall bei den Parteigenossen.) Selbstverständlich soll nicht alles wahllos eingeführt werden dürfen. Die Regelung soll erfolgen, daß von vorn herein festgestellt wird, welche Artikel nicht importiert werden dürfen. Unter keinen Umständen kann das bisherige System der staatlichen Bewirtschaftung aufrecht erhalten bleiben. Auch die Abg. Freundlich mußte zugeben, daß die bisherige zentrale Bewirtschaftung Schiffbruch gelitten hat; große Mengen von Lebensmitteln sind infolge der zentralen Bewirtschaftung zugrunde gegangen. Da sich die Menschen in den Zentralen noch immer nicht geändert haben und noch immer dieselben Personen dort beschäftigt sind, besteht aber durchaus keine Veranlassung, noch weiter an diesem System festzuhalten.

Das Gesetz betreffend die Wiederbesiedlung gelegerter Bauerngüter und Häusleranwesen wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich nächsten Freitag stattfinden.